

Rußlanddeutsche

**Erpressung
in Omsk**

Die Bundesregierung und ihr Aussiedlerbeauftragter, Staatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU), haben sich bei einem Prestigeprojekt für Rußlanddeutsche offenbar übervorteilen lassen. Zu einem Festpreis von 1,25 Millionen Mark sollte im sibirischen Omsk ein evangelisches Gemeindezentrum entstehen – 90 Prozent der Kosten übernahm Bonn, den Rest die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannover. Doch mit „erpresserischen Methoden“, so der zuständige Kirchendezernent Axel Elgeti in Hannover, trieb die russische Baufirma den Preis in die Höhe. Erst forderten die Männer vom Bau wegen der Preissteigerungen 4 Millionen Mark – man einigte sich auf 2,43 Millionen. Am 31. August 1994 wurde schließlich Einweihung gefeiert. Doch schon am selben Abend rückte die Miliz an und sperrte den Bonner Spendenbau ab. Die Baufirma hatte Klage auf 1,5 Millionen Mark Nachzahlung erhoben. Wachhunde verwehrten jedem den Zutritt. Damit die Investitionsruine wenigstens zu Ostern an die Omsker Gemeinde übergeben werden kann, schlossen Russen und Deutsche jetzt einen Kompromiß: Bonn und Hannover schießen noch einmal 800 000 Mark nach.



Waffenschmidt, Geistliche in Omsk (1993)



Bundeswehr-Übung für Blauhelmeinsatz

Blauhelme**Einsatz auf Zuruf**

Die Bundesregierung hat mit ihrer Zusage, einen Abzug der Uno-Truppen aus Bosnien-Herzegowina mit 2000 Bundeswehr-Soldaten zu unterstützen, ein Problem: Auf wessen Kommando soll sie ihr Versprechen erfüllen?

Wer der Nato den Einsatzauftrag geben muß, schien noch Mitte Februar ganz klar. Da betonte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) im Bundestag, ein Nato-Einsatz setze „ein gesondertes Mandat des Uno-Sicherheitsrats voraus“.

Eine von Großbritannien und Frankreich angeführte Mehrheit im Nato-Rat will eine

Abstimmung in New York jedoch vermeiden – islamische Länder oder das veto-berechtigte Rußland, Freund Serbiens, könnten einen Einsatzbeschuß verhindern.

Der Streit darüber, wer nun das Sagen haben soll, flammte im Nato-Rat am Mittwoch vergangener Woche auf, als der Oberbefehlshaber für Europa, US-General George Joulwan, seinen Operationsplan vorstellte.

Um die Truppen in Marsch zu setzen, halten Großbritannien und andere Nato-Partner einen kurzen Brief, selbst eine mündliche Erklärung von Uno-Generalsekretär Butros Butros

Ghali für ausreichend. Darin müsse er lediglich die Nato auffordern, die von ihm selbst erbetenen Notfallpläne in die Tat umzusetzen.

Die Bonner Regierung fürchtet, ein Einsatz der Truppen auf Zuruf ohne eindeutigen Uno-Auftrag könne gegen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts verstoßen und daher im Bundestag keine deutliche Mehrheit finden. Die Nato dürfe „nicht aus eigenem Recht“ agieren, kritisiert SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen.

Die Brüsseler Nato-Diplomaten wurden beauftragt, mit der Uno über die „Mindest-Rechtsgrundlage“ für die Aktion zu verhandeln. Ein Mandat des Sicherheitsrats, so streuen Kinkel-Gehilfen jetzt vorsorglich, sei „nicht zwingend“ erforderlich.

Energiepolitik**Sündenfall
in Bremen**

Klaus Wedemeier, Bremens sozialdemokratischer Bürgermeister, stiftet neuen Streit um die Energiepolitik der SPD. Noch vor der Landtagswahl im Mai wollen er

und sein Finanzsenator Manfred Fluß mit Unterstützung der CDU Anteile an den Stadtwerken des kleinsten Bundeslandes an die Energieriesen Veba und Ruhrgas verkaufen. Der Erlös soll die hochverschuldete Landeskasse entlasten. Weil die Konzerne am Aufbau einer dezentralen umweltgerechten Energieversorgung – etwa Kopplung von Strom- und Fernwärmeproduktion – kein Interesse hätten, sei das Vorhaben „ein Sündenfall“ wider die umwelt- und energiepolitischen Ziele der SPD, warnte letzte Woche Energieexperte und SPD-Mitglied Professor Klaus Traube. In einem offenen Brief an Wedemeier forderten die SPD-Abgeordneten Michael Müller und Monika Ganseforth ihren Bremer Genossen auf, nicht auf „Lockvogelangebote“ der Veba einzugehen. Der Landesparteitag am kommenden Wochenende, so hoffen die Kritiker, könnte den Verkauf noch stoppen.

Weltfrauenkonferenz**Prominenz aus
Deutschland fehlt**

Die Bundesrepublik wird auf der Weltfrauenkonferenz in Peking vom 4. bis 15. September nur drittklassig vertreten sein. Weder Frauenministerin Claudia Nolte noch eine ihrer Ministerkolleginnen können voraussichtlich kommen. Schuld daran ist ein Planungsfehler des Bundestages bei der Festlegung der Sitzungswochen des Parlaments. Während der Weltfrauenkonferenz findet in Bonn die erste Lesung des Bundeshaushalts statt, bei der die Ministerinnen unabhkömmlich sind. Auch die weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU werden deshalb nicht nach Peking reisen. Wegen der knappen Stimmenverhältnisse hat der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble Reiseverbot verhängt. Zur Konferenz werden 30 000